

Sandra Carreras

Instabilität als Konstante? Entwicklungslinien Argentiniens im 20. Jahrhundert

Lasst uns [...] in jedem Schulkind einen frenetischen abgöttischen Verehrer der Argentinischen Republik ausbilden, indem wir ihm beibringen – weil dies der Wahrheit entspricht –, dass kein anderes Land auf der Erde rühmlichere Taten in seiner Geschichte, altruistischeren Eifer, liberalere Institutionen, gesündere Bräuche, großzügigeres Verhalten und eine glanzvollere Zukunft vorweisen kann (Zit. nach Escudé 1990: 46).

Mit diesen Worten drückte Enrique de Vedia, der damalige Rektor des *Colegio Nacional de Buenos Aires* – jener wichtigen Bildungseinrichtung, die darauf spezialisiert war, die jungen Mitglieder der argentinischen Elite auf das Universitätsstudium vorzubereiten – den ungetrübten Optimismus aus, mit dem das Land im Jahre 1910 sein hundertjähriges Bestehen als unabhängige Republik feierte und in die Zukunft schaute.

Im Gegensatz zu diesen Erwartungen nahm jedoch die Geschichte des Landes im 20. Jahrhunderts einen ganz anderen Verlauf: Von kurzen Phasen dynamischer Entwicklung abgesehen, wurden vielmehr politische Instabilität und verzögertes bzw. fehlendes Wachstum zu einer Konstante, die dazu führte, dass Argentinien im internationalen und lateinamerikanischen Vergleich zurückfiel und zu einem „Schwellenland auf Dauer“ (Waldmann 1985a) wurde.

Im Folgenden werden die Grundlinien der argentinischen Entwicklung im 20. Jahrhundert bis zum Amtsantritt von Carlos Menem als Staatspräsident nachgezeichnet. Nach einer knappen Darstellung der politischen Geschichte mit Schwerpunkt auf den Wechselwirkungen zwischen der politischen und der sozioökonomischen Dimension folgt der Versuch, die wesentlichen Merkmale der politischen Tradition Argentiniens aufzuarbeiten. Besondere Aufmerksamkeit verdient dabei die für den größten Teil des Jahrhunderts charakteristische Instabilität. Die konfliktive historische Entwicklung wirkte prägend auf die Besonderheiten der politischen Institutionen und den Charakter der beteiligten Akteure. Dementsprechend wird auch das Beziehungsgeflecht analysiert, das sich im Laufe der Zeit unter den verschiedenartigen soziopolitischen Akteu-

ren des Landes – vor allem den politischen Parteien, den Militärs, den Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden – herausbildete. Abschließend richtet sich die Aufmerksamkeit auf den Peronismus, und zwar weniger auf angebliche Konstanten als auf das historisch feststellbare Spannungsverhältnis zwischen Wandel und Kontinuität, die die Geschichte dieser Bewegung über fünf Jahrzehnte hinweg kennzeichnet. Nur vor dem Hintergrund dieses historischen Bezugsrahmens können die Regierungsjahre unter Carlos Menem angemessen analysiert und bewertet werden.

Die oligarchische Republik (1880-1916)

Mit der Mai-Revolution (1810) wurde die Herausbildung des argentinischen Nationalstaats eingeleitet, dessen erste Phase durch lang andauernde Bürgerkriege geprägt war. Auch die Verabschiedung der liberalen Verfassung von 1853 brachte noch keine Ende der gewalttätigen Auseinandersetzungen. Erst nachdem 1880 mit einem blutigen Feldzug die letzten indigenen Bevölkerungsgruppen aus dem fruchtbaren Gebiet der *Pampa Húmeda* vertrieben worden waren und der politische Konflikt zwischen der Provinz Buenos Aires und der Nationalregierung definitiv beigelegt wurde, begann für Argentinien eine Periode wirtschaftlicher und politischer Stabilität. Durch die Integration in den Weltmarkt sowie die massive Einwanderung wandelte sich die soziale und wirtschaftliche Struktur des Landes mit atemberaubender Geschwindigkeit. Zwischen 1870 und 1914 kamen rund sechs Millionen Ausländer ins Land. Die meisten stammten aus Italien und Spanien. Etwa die Hälfte der Immigranten blieb in Argentinien und trug als wesentlicher Faktor zum Bevölkerungswachstum bei. Die demographische Expansion führte zu einer raschen Urbanisierung, die sich allerdings auf die Hafenstädte Buenos Aires und – mit großen Abstand – Rosario konzentrierte. Die Hauptstadt wurde innerhalb von wenigen Jahren zu einer modernen und äußerst dynamischen Metropole (Scobie 1974; Rock 1985: 141-144).

In diesem Zeitraum verzeichnete das Land ein überdurchschnittliches wirtschaftliches Wachstum. Am Vorabend des Ersten Weltkriegs gehörte Argentinien zu den weltweit führenden Exporteuren landwirtschaftlicher Produkte, vor allem von Getreide, Wolle und Rindfleisch. Das Land unterhielt eine enge wirtschaftliche Komplementärbeziehung zu Großbritannien: Von dort kamen die meisten Industriegüter sowie die Kredite und Direktinvestitionen, die zunächst das Wachstum finanzierten (Ford 1975; Gallo/Cortés Conde 1984: 97-128; Cortés Conde 1979).

Tabelle 1: Das argentinische Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich, 1877-1910

Jahr	Argentinien	Mexiko	Brasilien	Großbritannien	USA.
1877	594	613	1.115	16.690	21.269
1910	4.693	2.006	2.129	36.556	95.201
Quelle: Rocchi 1998: 536					

Tabelle 2: Pro Kopf-Bruttoinlandsprodukt im Vergleich, 1877-1910 (in USD 1950)

Jahr	Argentinien	Mexiko	Brasilien	Großbritannien	USA.
1877	264	62	83	497	430
1910	683	132	94	807	1.035
Quelle: Rocchi 1998: 536					

In politischer Hinsicht konsolidierte sich ab 1880 ein von der argentinischen Geschichtsschreibung als „Konservative Ordnung“ bezeichnetes System, das sich zwar formal auf die liberale Verfassung von 1853 gründete, in der Praxis jedoch eine oligarchische Republik darstellte. Die herrschende Elite übte in diesen Jahren eine rigorose Kontrolle über sämtliche Bereiche des politischen Lebens aus. Durch institutionelle Mechanismen sicherte sie sich die Kontrolle über die Präsidentschaftsnachfolge, über den Senat, dessen Zusammensetzung vom Willen der Provinzgouverneure abhängig war, und über die Provinzregierungen, deren Kompetenzen durch Interventionen der Zentralregierung stark eingegrenzt wurden. Ein probates Mittel stellten dabei Wahlmanipulationen bzw. -betrug dar (Botana 1985a).

Die fehlende Repräsentativität der Regierung blieb nicht auf Dauer unangefochten. Die aufstrebenden Mittelschichten schenken ihre Unterstützung der 1891 gegründeten Oppositionspartei *Unión Cívica Radical* (UCR; Radikale Bürgerunion), die jeden Kompromiss mit dem Regime ablehnte und freie Wahlen forderte. Eine kleine aber aktive Sozialistische Partei versuchte, eine Brücke zwischen den Mittelschichten und der Arbeiterbewegung zu schlagen, allerdings ohne großen Erfolg. Die städtischen Arbeiter organisierten sich vorwiegend in kämpferischen Gewerkschaften unter starkem Einfluss anarchistischer Strömungen, die die Legitimität des Staates grundsätzlich in Frage stellten (Gallo 1986: 385-388; Bilsky 1985).

1912 gelang es der fortschrittlichen Fraktion der Elite unter Führung des damaligen Staatspräsidenten Roque Sáenz Peña eine Wahlreform durchzuführen, die auf eine Stärkung der Machtbasis der Bourgeoisie

zielte. Per Gesetz (*Ley Sáenz Peña*) wurde das allgemeine Wahlrecht für argentinische Staatsbürger eingeführt. Damit schien die Legitimitätskrise des politischen Systems zunächst überwunden. In der Praxis bedeutete jedoch die neue Wahlgesetzgebung die Erlangung des Wahlrechts für lediglich 40% bis 45% der erwachsenen männlichen Bevölkerung. Frauen und Ausländer blieben nach wie vor vom Genuss politischer Rechte ausgeschlossen (De Riz/Smulovitz 1991: 127).

Politische Öffnung und Krise des liberalen Konsenses (1916-1930)

Der Weg zur Beilegung der Krise bestand in den Augen der Initiatoren der *Ley Sáenz Peña* darin, die durch die *Unión Cívica Radical* gestellte Opposition als Juniorpartner in das System zu integrieren. Die Auswirkungen der Reform übertrafen diese Erwartungen jedoch bei weitem: Die ersten nationalen Wahlen, die 1916 auf der Grundlage des neuen Gesetzes abgehalten wurden, brachten Hipólito Yrigoyen, den Führer der Radikalen Bürgerunion, ins Präsidentenamt. Die aufeinanderfolgenden Wahlsiege des Radikalismus in den Jahren 1922 und 1928 machten dann deutlich, dass die zuvor regierenden oligarchischen Gruppen nicht in der Lage waren, die Präsidentschaft durch freie Wahlen wiederzuerlangen. Allerdings hatten die konservativen Kräfte sich wichtige Machtenklaven in den Provinzregierungen und im Senat bewahrt, was zu ständigen Konflikten zwischen diesen Institutionen und der nationalen Exekutive führte. Präsident Yrigoyen versuchte, diese Konflikte durch Interventionen in den Provinzen unter Kontrolle zu halten (Potter 1981; Mustapic 1984).

Der politische Wechsel hatte keine nennenswerten Konsequenzen für die ökonomische Entwicklung. Nach Überwindung der durch den Ersten Weltkrieg ausgelösten Handelsstörungen wuchs die argentinische Wirtschaft weiter bis 1929, wenn auch langsamer als zuvor. Zu diesem Zeitpunkt waren die Expansionsmöglichkeiten der Landwirtschaft durch Erschließung neuer Anbauflächen ausgeschöpft. Die besondere Beziehung zu Großbritannien hielt zwar an, zugleich machte sich die Präsenz US-amerikanischer Investitionen und Importe jedoch zunehmend bemerkbar. Im Gegenzug gelang es Argentinien nicht, seine eigenen Produkte auf dem nordamerikanischen Markt abzusetzen (Cantón/Moreno/Ciria 1986: 21-46; Rock 1986: 419-426).

Unter solchen Bedingungen traf die Weltwirtschaftskrise (1929) die argentinische Volkswirtschaft besonders hart. Nach fast fünfzehn Jahren radikaler Regierungen kündigte der wachsende Ansehensverlust Yrigoyens eine Niederlage seiner Partei bei den nächsten Wahlen an. Dennoch

entschied sich die konservative Opposition genau in jenem Augenblick, als sie der Machtübernahme auf legalem Weg am nächsten war, für einen Bruch der demokratischen Verfahrensregeln. Mitten in der Wirtschaftskrise von 1930 setzte ein von der wirtschaftlichen und sozialen Elite sowie nationalistischen Kreisen unterstützter Militärputsch unter General Uriburu die verfassungsmäßige Ordnung außer Kraft (Cantón/Moreno/Ciria 1986: 159-164; Rouquié 1981: 181-222).

Reformstau und Wahlbetrug: die Década Infame (1930-1943)

Im Laufe der folgenden Jahre, die als die „Infame Dekade bezeichnet werden, wurde der Versuch unternommen, die Formel des „goldenen Zeitalters“ der Oligarchie neu zu beleben: Um die Einfuhr von Devisen zu sichern, suchte man zunächst durch den umstrittenen Roca-Runciman Vertrag (1933) privilegierte Handelsbeziehungen zu Großbritannien zu sichern. Es gab auch Kräfte, die auf eine (importsostituierende) Industrialisierung, eine Diversifizierung der Exporte und Absatzmärkte sowie auf eine Annäherung an die USA setzten. Entsprechende Reformpläne von Wirtschaftsminister Pinedo scheiterten jedoch 1941 an den innenpolitischen Machtverhältnissen. Die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten blieben aufgrund der unterschiedlichen Positionen beider Länder bezüglich des Zweiten Weltkrieges sowie des Konkurrenzverhältnisses auf dem internationalen Markt für Agrarprodukte schwer belastet (Rock 1975: 220-249; Cramer 1999: 87-144).

Die Suche nach neuen Wirtschaftsstrategien war begleitet von politischen Veränderungen. Der unter dem Namen *fraude patriótico* von den konservativen Regierungen mehrfach angewandte Wahlbetrug bewirkte eine systematische Benachteiligung der Opposition (Cantón/Moreno/Ciria 1986: 164-173). Hinzu kam eine Ausbreitung nationalistischer Strömungen mit zunehmend korporatistischen Tendenzen. Die Streitkräfte traten nun immer stärker als Wächter des politischen Spiels auf (Rock 1995: 87-138; Spektorowsky 1994). Breite Bevölkerungsschichten blieben von politischen Entscheidungen ausgeschlossen und verloren das Vertrauen zu den politischen Parteien. Nach einer zunächst harten Oppositionshaltung waren die UCR und die Sozialistische Partei ab Mitte des Jahrzehnts teilweise dazu übergegangen, Kompromisse mit den konservativen Machthabern auszuhandeln. Dabei verzichteten sie auf eine Vermittlerrolle zwischen gesellschaftlichen Forderungen und der politischen Arena bzw. blieben – sobald sie dies versuchten – erfolglos (Ciria 1985; Cantón/Moreno/Ciria 1986: 180-189).

Unter diesen Umständen war eine entschiedene Absage an das konservative Regime und die Hinwendung zu einer liberalen Demokratie nicht zu erwarten. Ab 1943 setzte vielmehr eine erneute politische Transformation ein, die unter dem Vorzeichen einer neuen politischen Kraft stattfand: dem Peronismus.

Im Zeichen des Peronismus (1943-1955)

„Peronismus“ und „Justizialismus“ sind zwei Ausdrücke, die vor mehr als fünfzig Jahren als Selbst- und Fremdbezeichnung der Bewegung eingeführt wurden, die sich um Juan Domingo Perón gebildet hatte. Beide Bezeichnungen werden bis heute synonym verwandt. Als Geburtsdatum der Bewegung gilt in der peronistischen Tradition der Massenprotest, der am 17. Oktober 1945 die Freilassung Peróns aus der durch die Militärführung des Landes angeordneten Haft erzwang. Seine politische Karriere hatte Perón als Mitglied der „Gruppe der Vereinigten Offiziere“ (*Grupo de Oficiales Unidos*; GOU) begonnen, einer Loge, der große Verantwortung bei den Vorbereitungen des Putsches vom 4. Juni 1943 zukam, welcher der konservativen Restauration ein Ende setzte und eine neue Militärregierung an die Macht brachte.

Durch den wachsenden Einfluss Oberst Peróns praktizierte dieselbe Administration, die Zeitungen schloss, unfügsame Funktionäre entließ, in Universitäten intervenierte, des Kommunismus verdächtige Gewerkschaftsführer verhaftete und in den Schulen den obligatorischen Religionsunterricht einführte, im Zeitraffertempo eine Sozialpolitik, die für das Alltagsleben der unteren Mittelschicht und der Unterschicht erhebliche Verbesserungen brachte. Die erstgenannten Maßnahmen provozierten den Widerstand eines großen Teils der Öffentlichkeit, die darin das Signal eines aufkommenden Faschismus sah. Dagegen sicherten die sozialpolitischen Reformen ihrem Initiator Perón, jedoch nicht dem Regime insgesamt, das Vertrauen und die Unterstützung zahlreicher Begünstigter, während weite Teile der Unternehmerschaft ihm mit Misstrauen begegneten (Halperin Donghi 1986: 28-50; Cramer 1999: 301-349).

Zu den wichtigsten sozialpolitischen Maßnahmen gehörten die Organisation eines Rentensystems, die Schaffung von Arbeitsgerichten, ein Arbeitsstatut für die Landarbeiter, die Einführung der Berufsbildung für Jugendliche, Vorschriften zum Schutz vor Arbeitsunfällen, Verbesserungen bezüglich der Arbeitsbedingungen von Hauspersonal, die Garantie bezahlten Urlaubs, Lohnerhöhungen, die Festlegung eines gesetzlichen Rahmens für Kollektivverhandlungen sowie gewisse Arbeitsplatzgaran-

tien. Ende 1945, als der Wahlkampf für die nächsten Nationalwahlen bereits begonnen hatte und Perón selbst als Kandidat auftrat, wurde per Dekret die Zahlung von Weihnachtsgeld verfügt. (Rouquié 1982: 46-54 u. 73; Matsushita 1986: 275-282).

Der größte Teil dieser sozialpolitischen Maßnahmen datiert auf das Jahr 1944, als Perón das Staatssekretariat für Arbeit leitete. Dabei hatte die „Ära Perón“ (Waldmann 1996b: 925) erst angefangen. Als Sieger in einwandfrei durchgeführten Wahlen übernahm er 1946 die Präsidentschaft des Landes. Charismatische Herrschaftsausübung und Personalismus waren die herausragendsten Merkmale seines politischen Führungsstils. Die neue Regierung konnte zunächst mit der Unterstützung der Militärs, der Kirche und der Gewerkschaften rechnen, musste sich aber auch um die Kontrolle der eigenen Reihen bemühen. Hierbei kam dem Präsidenten seine Ehefrau Eva zur Hilfe. Sie übernahm eine dreifache Rolle bei der Konsolidierung des neuen politischen Gefüges. Erstens agierte sie als Vermittlungsinstanz zwischen dem Präsidenten und den Gewerkschaften und übte *de facto* die Funktion einer Arbeitsministerin aus. Zweitens organisierte und führte sie die Frauensektion der Peronistischen Partei, wodurch – nach der Verabschiedung des Gesetzes zum Frauenwahlrecht – die Unterstützung dieser Wahlklientel für das Regime gewonnen werden sollte. Drittens leitete sie ein breit angelegtes Sozialwerk, das die Bedürfnisse jener gesellschaftlichen Gruppen zu decken suchte, die nicht durch die Sozialversicherung der organisierten Arbeiterschaft versorgt wurden, d.h. vor allem von Kindern, Frauen, älteren Menschen und Marginalisierten (Waldmann 1985b: 108-178; Navarro 1997: 201-265; Plotkin 1993: 215-296).

Die Finanzierung der peronistischen Sozialpolitik war auf der Grundlage der damals besonders günstigen Situation der argentinischen Staatsfinanzen möglich. Zu diesem Zeitpunkt zählte das Land zu den Gläubigernationen. Der Rückgang der Einfuhren während des Zweiten Weltkrieges hatte u.a. respektable Zahlungsbilanzüberschüssen und verstärkte Industrialisierungsbemühungen zur Folge, die wiederum zu einer Auslastung der industriellen Kapazitäten sowie zu Vollbeschäftigung führten. Zudem sicherte die wiederbelebte europäische Nachfrage nach Agrarerzeugnissen während der ersten Nachkriegsjahre ein hohes Preisniveau für argentinische Exportprodukte. Eine expansive Geld- und Kreditvergabepolitik sowie steigende Löhne kurbelten zusätzlich die Nachfrage nach Konsumgütern an (Waldmann 1996b: 925).

Ab 1949 veränderte sich jedoch die Konjunktur: Die Goldreserven schrumpften, die Inkonvertibilität des britischen Pfundes versperrte Ar-

gentinien die Möglichkeit zur Verwertung seiner angehäuften Devisen. Der US-Handelsboykott verhinderte den Import von Kapitalgütern und somit die weitere Ausdehnung der industriellen Produktion. Der Druck, den die Vereinigten Staaten auf die europäischen Agrarimporteure ausübten, brachte diese dazu, von argentinischen Agrarerzeugnissen zu Gunsten kanadischer, australischer und nicht zuletzt US-amerikanischer Exporte abzusehen. Die konstante Abschöpfung der ohnehin sinkenden Rendite der Agrarproduzenten durch den Staat führte zu einer Verringerung der Anbauflächen. 1952 kam es sogar zu Engpässen bei der Lebensmittelversorgung für den Binnenmarkt (Escudé 1983: 347-374; Fodor 1989; Gerchunoff 1989: 61-71).

Dementsprechend war die zweite Phase der peronistischen Wirtschaftspolitik anderen Zielen gewidmet: Im Vordergrund standen nunmehr die Förderung der Landwirtschaft, die Liberalisierung der Bedingungen für ausländische Investoren, eine restriktivere Lohnpolitik und ein haushaltspolitischer Sparkurs. Diese Korrekturen zeigten insofern Erfolg, als es der Regierung gelang, ab 1953 eine Stabilisierung herbeizuführen, ohne allerdings die strukturellen Defizite beseitigen zu können (Gerchunoff 1989: 71-81; Waldmann 1996b: 928).

Auf die wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten reagierte der Präsident mit politischer Unnachgiebigkeit. Sein Versuch, ein korporatistisches Staatsmodell unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Kräfte zu etablieren, wobei die nationale Exekutive (konkret: Perón) die Rolle des höchsten Schiedsrichters einnehmen sollte, stieß allerdings nicht nur auf Zustimmung. Der hegemoniale Anspruch der Regierung, die stark populistische Rhetorik, die straffe politische Zensur und die Verfolgung oppositioneller Kräfte bewirkte eine zunehmende Polarisierung der politischen Auseinandersetzung und schließlich eine tiefe Spaltung der argentinischen Gesellschaft in zwei verfeindete Lager. Die politische Eskalation mündete 1955 in einen erneuten, von einer breiten Oppositionsfront getragenen Militärputsch (Halperin Donghi 1986: 58-67).

Das „unmögliche Spiel“: Zwischen Militärdiktatur und begrenzter Demokratie (1955-1983)

Die soziopolitischen Kräfte, die sich auf eine konzertierte Aktion gegen den Peronismus einigen konnten, hatten ansonsten wenig gemeinsam. Zwischen 1955 und 1973, als der Justizialismus wiederum die Regierung übernahm, kreiste die zentrale Frage der argentinischen Politik um die Integration bzw. den Ausschluss des Peronismus und seines Führers.

Die wiederholte Präferenz des Militärs und eines nicht gering zu schätzenden Teils des politischen Spektrums für letztere Option führten zu einem „unmöglichen Spiel“ (O'Donnell): Alle Versuche, eine Wiederherstellung der Institutionen bei gleichzeitigem Verbot des Peronismus zu erreichen, erwiesen sich nicht nur als illegitim, sondern auch als undurchführbar (O'Donnell 1972: 181-213). Die Fixierung auf dieses Dilemma versperrte den Akteuren und der Öffentlichkeit insgesamt jedoch den Blick für weitere tief greifende Konflikte, die die argentinische Gesellschaft spalteten und die ungelöst bzw. unvermittelt blieben.

Entgegen den Erwartungen der Militärregierung der sogenannten „Befreiungsrevolution“ (*Revolución Libertadora*), die die „Entperonisierung“ des Landes mit allen Mitteln vorantreiben wollte, führten das Verbot der Peronistischen Partei, das erzwungene Exil Peróns und die Verfolgung seiner Anhänger zu einem Zusammenrücken der peronistischen Gewerkschaften, die geschlossen in den Widerstand gingen (James 1993: 72-100; McGuire 1997: 81-93). Die zivilen Regierungen Frondizi (1958-1962) und Illia (1963-1966) mussten sich einerseits mit den Forderungen einer Opposition auseinandersetzen, die zwar nicht legal agieren durfte, gelegentlich jedoch die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich wusste. Andererseits waren sie dem Druck der Militärs unterworfen, die sich zwar immer weniger einig waren, wie mit den Problemen des Landes umzugehen sei, jedoch immer mehr in den politischen Vordergrund traten (O'Donnell 1972: 167-179; Cavarozzi 1987:13-35; Torre/De Riz 1991: 101-144).

Erst in den siebziger Jahren, nach der Rückkehr Peróns nach Argentinien, kam es zu einem ersten Versuch, die politischen Parteien als wichtige Achse der Interessenartikulation aufzuwerten und gleichzeitig durch einen Sozialpakt die Wirtschaft zu stabilisieren. Aber auch dieser Versuch scheiterte: Die innerhalb wie außerhalb der Justizialistischen Bewegung entfesselte linke und rechte Gewalt brachte einmal mehr die Demokratie zu Fall. (Cavarozzi 1984: 147-148); Maceyra 1983; Di Tella 1985).

Das als *Proceso de Reorganización Nacional* (Prozess der Nationalen Reorganisation) bekannte autoritäre Regime der Jahre 1976 bis 1983 unterschied sich qualitativ in mehrfacher Hinsicht von den vorhergehenden Diktaturen. Zum einem war es jenes Militärregime, das seine Institutionalisierung am weitesten vorantrieb. Zweitens kam in den Jahren seines Bestehens eine Wirtschaftspolitik zur Anwendung, die eine nicht umkehrbare Wende in der sozioökonomischen Entwicklung des Landes einleitete. Schließlich erreichte der Staatsterrorismus ein bis dahin in Argen-

tinien unbekanntes Ausmaß. Im Gegensatz zu den vorhergehenden Militärregierungen beschränkte sich der *Proceso* nicht darauf, die Spitze des Staatsapparates zu kontrollieren. Alle Verwaltungsebenen wurden mit Militärpersonal besetzt, wobei eine besondere Form der Militärbükratie entstand (Castiglione 1992: 52-83).

Das Wirtschaftsministerium gehörte zu den Bereichen mit der geringsten Militärpräsenz. Dieses Ressort wurde nach dem Staatsstreich einem Zivilisten, José A. Martínez de Hoz, anvertraut. Die von dem neuen Minister verkündeten wirtschaftspolitischen Ziele waren die Bekämpfung der Inflation, die Förderung des Wirtschaftswachstums, die Beseitigung des Staatsdefizits sowie eine uneingeschränkte Außenöffnung für Handel und Investitionen. Die von ihm ergriffenen Maßnahmen brachten allerdings auch andere Ergebnisse: einen drastischen Rückgang der Arbeitnehmereinkünfte nicht nur in absoluten Zahlen, sondern auch bezüglich ihres Anteils am Bruttosozialprodukt. In einem inflationären Kontext provozierte die Freigabe der Preise bei gleichzeitigem Einfrieren von Löhnen und Gehältern Reallohnverluste von etwa 40% im ersten Amtsjahr, ohne dass später eine Erholung zu verzeichnen gewesen wäre. Dies bedeutete eine beträchtliche Umverteilung der Einkommen zugunsten der Oberschichten und der nicht-lohnabhängigen Sektoren (Schvarzer 1986: 395; Beccaria 1991).

In der Praxis wurden die antiinflationären Maßnahmen und die Reduzierung des Haushaltsdefizits anderen Interessen geopfert. Entgegen der offiziellen anti-staatlichen Rhetorik kam es zwischen 1976 und 1981 nicht zu einer Verkleinerung des öffentlichen Sektors, sondern im Gegenteil zu dessen Ausweitung. Die Staatsausgaben stiegen sogar an. Ursache dafür waren unter anderem die erhöhten Ausgaben für Verteidigung und Sicherheit, für die Infrastruktur in den Grenzgebieten und für die Energiepolitik. Gleichzeitig wurde eine eigenartige Privatisierungspolitik durchgeführt. Einige große Betriebe wurden zergliedert und in Teilen verkauft; andere wurden samt und sonders aufgelöst. Dieser Mechanismus ermöglichte die stufenweise Teilprivatisierung bestimmter Bereiche, in denen sich unmittelbar danach ein schnelles Wachstum der beteiligten Unternehmensgruppen abzeichnete. Die realen Einnahmen des Staates waren bei diesen Transaktionen sehr gering, wenn nicht sogar negativ. Außerdem übernahm der Staat in vielen Fällen die Schulden der transferierten Unternehmen (Schvarzer 1986: 237-247; 254-277).

Die Politik von Martínez de Hoz führte neben einer Deindustrialisierung des Landes zur Entstehung eines aufgeheizten und hochgradig spekulativen Finanzmarktes sowie zur Abschaffung aller Beschränkungen

für grenzüberschreitende Kapitalbewegungen (Schvarzer 1983: 23-26). Die hohen Zinssätze, die Überbewertung der Landeswährung gegenüber dem Dollar, umfangreiche Spekulationsgeschäfte sowie eine radikale Außenöffnung der Volkswirtschaft wirkten zusammen und lösten einen Rezessions- und Verschuldungsprozess aus. (Azpiazu/Basualdo/Khavisse 1987: 194-198; Birle 1995: 157-162).

Eine solche Wirtschaftspolitik konnte nur in einem Kontext brutaler Repression durchgeführt werden. Bereits am 24. März 1976 definierte die Militärjunta als eines ihrer Ziele die „Gewährleistung der nationalen Sicherheit“. Dafür wandte das autoritäre Regime harte repressive Methoden an, die sich nicht auf die Bekämpfung von terroristischen Gruppierungen beschränkten. Der „schmutzige Krieg“ spannte sich vielmehr wie ein Spinnennetz um die gesamte Gesellschaft. Der Sicherheitsapparat des autoritären Staates deckte die letzten Ecken des Landes ab. Er war theoretisch als pyramidale Struktur organisiert, deren Spitze durch die Militärjunta besetzt war. In der Praxis hatten jedoch die Brigadeführer breitere Befugnisse. Die Repression zielte vor allem auf militante Gewerkschaftler, kritische Journalisten, Studenten, widerspenstige Intellektuelle und einige Priester sowie christliche Laien, die sich – im krassen Gegensatz zu der von der Mehrheit der kirchlichen Hierarchie an den Tag gelegten Haltung – sozial engagierten (CONADEP 1994; Andersen 1993).

Obwohl es schon 1980 zu Divergenzen unter den militärischen Machthabern und Anfang 1982 zu Protestaktionen von Parteien und Gewerkschaften kam, wurde der Übergang zur Demokratie erst durch die militärische Niederlage im Südatlantik-Krieg mit Großbritannien aufgelöst (Fontana 1984; Munck 1998: 105-146). Im Juni dieses Jahres, als sich das Militärregime schon im Auflösungsprozess befand, beschloss der damalige Präsident der Zentralbank, Domingo Cavallo, eine Ausweitung des geltenden Systems der Wechselkursgarantien. Dadurch übernahm die nationale Regierung die Garantie für die Zahlung aller Schulden an ausländische Gläubiger. Auf diese Art und Weise wurden aus vielen privaten Schulden staatliche Verpflichtungen, deren Rückzahlung der nachfolgenden demokratischen Regierung ebenso wie der gesamten Nation aufgebürdet wurde. Die Schuldenlast, die 1977 14,7% des BIP betrug, war 1983 auf 41,1% angestiegen (Calcagno 1985: 62; Minsburg 1991: 125 u.132).

Neues Zusammenleben: Radikale Regierung versus peronistische Opposition

1983 übernahm Raúl Alfonsín die Regierung des Landes. Die Tatsache, dass zum ersten Mal der Peronismus in freien Wahlen von der UCR besiegt werden konnte, wurde als eine Veränderung der politischen Kultur bewertet. In Wirklichkeit waren die traumatischen Ereignisse der vorhergehenden Jahre, die fehlende Selbstkritik der peronistischen Führer sowie ihre geringe Sensibilität für die neuen Bedürfnisse der Wählerschaft dafür verantwortlich, dass die neue Demokratie unter einer radikalen Regierung starten sollte. Diese gab sich jedoch bald als Begründer einer „dritten historischen Bewegung“ aus, die eine Synthese zwischen Yrigoyenismus und Peronismus unter der Führung von Alfonsín sein sollte. Dabei überschätzte der neue Präsident seine eigene Stärke, denn der Peronismus konnte mehrere Provinzregierungen für sich gewinnen, eine einfache Mehrheit im Senat stellen und seine unangefochtene Position in den Gewerkschaften bewahren. Für eine erfolgreiche Bewältigung der schwerwiegenden Probleme, die auf dem Land lasteten, war eine enge parlamentarische Kooperation nahezu unabdingbar. Dazu kam es jedoch nicht.

Auf zwei Politikfeldern wurde die Leistungsfähigkeit der Regierung – und mit ihr die des neuen demokratischen Regimes insgesamt – auf die Probe gestellt: dem Umgang mit den Streitkräften und der Wirtschaftspolitik. Was den ersten Bereich betrifft, zeigte sich bald, dass die Streitkräfte nicht dazu bereit waren, die Klärung bzw. die Ahndung der begangenen Menschenrechtsverletzungen zuzulassen. Die zunächst damit befasste Militärgerichtsbarkeit spielte auf Zeit und erklärte dann, dass die von den Angeklagten erlassenen Befehle und Dekrete nicht zu beanstanden seien. Vor diesem Hintergrund zog das Bundesgericht das Verfahren an sich. Am Ende des Prozesses wurden die Mitglieder der ersten zwei *Juntas* wegen ihrer Verbrechen zu Gefängnisstrafen verurteilt, zwei von ihnen lebenslänglich (Camarasa/Felice/González 1985).

Als sich abzeichnete, dass weit mehr als Tausend Offiziere angeklagt werden konnten, setzten die Uniformierten die Regierung unter Druck. In Windeseile verabschiedete das Parlament das „Schlusspunktgesetz“, das den Bundesgerichten einen Zeitraum von nur noch 60 Tagen gewährte, um die angeklagten Militärs vorzuladen. Daraufhin hoben die Kammern die Gerichtsferien auf und schafften es, bis zum festgelegten Termin über 400 Offiziere vorzuladen. Viele von ihnen weigerten sich, vor Gericht zu erscheinen. In der Osterwoche 1987 kam es zu einer Re-

bellion, die mit der kurz danach erfolgten Verabschiedung des „Befehlsnotstandsgesetzes“ ihre Ziele erreichte: Alle in Straftaten verwickelten Militärs mit dem Dienstgrad eines Oberleutnants oder niedriger wurden von der Strafverfolgung ausgenommen (Carreras 1999: 259-265).

Die Umstrukturierungsversuche, die von der Heeresleitung in Einklang mit den Zielen der Regierung zu Lasten der aufständischen Mittelränge unternommen wurden, hatten zwei weitere Erhebungen zur Folge. Bezeichnenderweise wurde die letzte von ihnen durch eine militärinterne Übereinkunft beendet. Ohne Hinzuziehung der Regierung wurde beschlossen, dass alle Offiziere, die an den Erhebungen teilgenommen hatten – bis auf den Anführer Seineldín – begnadigt und eine neue Heeresleitung ernannt werden sollte. Darüber hinaus wurde erklärt, dass das Vorgehen der Streitkräfte im Krieg gegen Großbritannien wie auch im Rahmen des „schmutzigen Krieges“ verteidigt werden sollte. Ergänzend wurde eine Solderhöhung durchgesetzt (Morales Solá 1992: 151 u. 162-168).

Noch weniger erfolgreich war die Regierung Alfonsín mit ihrer Wirtschaftspolitik. Dabei testete sie verschiedene Handlungsstrategien. Nach einer kurzen Phase neokeynesianischer Politik unter Wirtschaftsminister Grinspun, die zwei Generalstreiks des peronistischen Gewerkschaftsdachverbandes (CGT) provozierte und in eine Inflationskrise mündete, entschied sich der zweite Wirtschaftsminister, Juan Sourrouille, für einen heterodoxen Stabilisierungskurs. Der im Juni 1985 gestartete *Plan Austral* sah einen Lohn- und Preisstopp für Produkte, die keinen Saisonschwankungen unterlagen, die Einführung einer neuen Währung und die Festlegung ihres Kurses vor. Aber schon im März 1986 musste die Regierung durch eine Lockerung ihrer Preispolitik den wirtschaftlichen Fakten Rechnung tragen. Im Juli 1987 war die Inflationsrate bereits wieder zweistellig (Schröder 1990: 71-90; Bodemer 1991: 231-235).

Nach dem herben Verlust, den die UCR bei den Parlamentswahlen 1987 erlitt, wurde ein neues Wirtschaftskonzept für die zwei verbleibenden Amtsjahre Alfonsíns verkündet. Kernelement der neuen Strategie war eine Steuerreform, die darauf abzielte, die öffentlichen Finanzen weitgehend durch Einnahmenerhöhungen und weniger durch Ausgaben-senkungen zu sanieren. Aber schon Anfang des Jahres 1988 kam es zu finanziellen Krisen in mehreren Provinzen, deren Regierungen ihren Verpflichtungen ohne Hilfe aus dem Bundeshaushalt nicht nachkommen konnten. In dieser Situation hing die Möglichkeit zur Aufrechterhaltung der Wirtschaftspolitik hauptsächlich von den Deviseneinkünften ab (Schvarzer 1990; Bodemer 1991: 235-240).

Angesichts der bevorstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen verschärfen die Peronisten im Parlament ihre unkooperative Haltung, in den Provinzregierungen und den von ihnen beherrschten Gewerkschaften ihren Oppositionskurs, wenn auch nicht immer einstimmig. Je schlechter die wirtschaftliche Situation wurde, desto weniger war die Opposition dazu bereit, der Regierung bei der Umsetzung ihrer Politik behilflich zu sein. Das Parlament verabschiedete kein einziges der nach Juli 1988 eingereichten Wirtschaftsreformkonzepte der Regierung. Vor allem bei den Privatisierungsplänen der Exekutive stellten sich die peronistischen Senatoren quer (Carreras 1999: 245-248 u. 279-284).

Anfang 1989 geriet das Land in eine Hyperinflationskrise, die sich nach dem Sieg Menems bei den Präsidentschaftswahlen noch verschärfte. Sobald die Zusammensetzung der zukünftigen peronistischen Regierung bekannt wurde, büßte die amtierende Administration endgültig jegliche Autorität ein. Ende Juni sah Alfonsín sich veranlasst, sein Amt vorzeitig an Carlos Menem zu übergeben. Alle Beobachter waren sich darin einig, dass dieses nicht verfassungskonforme Verfahren die einzige Möglichkeit war, Argentinien aus der Regierbarkeitskrise zu retten.

Verfassungsbruch und Instabilität als politische Konstante

Selbst in dieser knappen Darstellung zeichnet sich die Instabilität als wesentliches Merkmal des politischen Lebens Argentiniens im 20. Jahrhundert ab. Sie bezog sich nicht allein auf die verschiedenen Regierungen, sondern übertrug sich auch auf die Ebene des politischen Systems. Weder die kompetitive oligarchische Regierungsform der „Konservativen Ordnung“ noch die restriktive Demokratie – sei es mit *fraude patriótico*, sei es unter Ausschluss des Peronismus – konnten sich dauerhaft behaupten. Dasselbe gilt für die verschiedenen autoritären Versuche und in besonderem Maß für die liberaldemokratischen Intervalle – zumindest bis in die achtziger Jahre. Tabelle 3 verdeutlicht die Fülle von Mechanismen, durch die in Argentinien Regierungswechsel herbeigeführt wurde.

Vor diesem Hintergrund lässt sich behaupten, dass die Akteure der argentinischen Politik weitgehend in einem anomischen Kontext handelten (Nino 1992: 53-87; Waldmann 1996a: 69-73). Eine längerfristige Übereinkunft über allgemein verbindliche Spielregeln ist für den größten Teil des 20. Jahrhunderts nicht auszumachen. So akzeptierten die meisten der beteiligten Akteure eine einzige Norm: „Ich glaube an das Wahlverfahren, solange ich sicher sein kann, dass meine Gegner nicht gewinnen können.“ (Dahl 1978: 140)

Tabelle 3: Argentinische Präsidenten im 20. Jahrhundert

Amtszeit	Name	Ernennungsmodalität
1898-1904	Julio A. Roca	Wahlbetrug
1904-1906	Manuel Quintana	Wahlbetrug
1906-1910	José Figueroa Alcorta	Rechtmäßige Nachfolge nach Tod des Vorgängers
1910-1914	Roque Sáenz Peña	Wahlbetrug
1914-1916	Victorino de la Plaza	Rechtmäßige Nachfolge nach Tod des Vorgängers
1916-1922	Hipólito Yrigoyen	Freie Wahlen (für Männer)
1922-1928	Marcelo T. de Alvear	Freie Wahlen (für Männer)
1928-1930	Hipólito Yrigoyen	Freie Wahlen (für Männer)
1930-1932	José F. Uriburu	Staatsstreich
1932-1938	Agustín P. Justo	Wahlen ohne Beteiligung der UCR
1938-1942	Roberto Ortiz	Wahlbetrug
1942-1943	Ramón S. Castillo	Rechtmäßige Nachfolge nach Tod des Vorgängers
1943-1944	Pedro P. Ramírez	Palastputsch der Streitkräfte
1944-1946	Edelmiro Farrell	Palastputsch der Streitkräfte
1946-1952	Juan D. Perón	Freie Wahlen (für Männer)
1952-1955	Juan D. Perón	Freie Wahlen
1955	Eduardo Leonardi	Staatsstreich
1955-1958	Pedro E. Aramburu	Palastputsch der Streitkräfte
1958-1962	Arturo Frondizi	Wahlen unter Ausschluss des Peronismus
1962-1963	José M. Guido	Staatsstreich
1963-1966	Arturo H. Illia	Wahlen unter Ausschluss des Peronismus
1966-1970	Juan C. Onganía	Staatsstreich
1970-1971	Roberto Levingston	Palastputsch der Streitkräfte
1971-1973	Alejandro Lannusse	Palastputsch der Streitkräfte
1973	Héctor Cámpora	Freie Wahlen
1973	Raúl Lastiri	Rechtmäßige Nachfolge nach Rücktritt der Regierung Cámpora
1973-1974	Juan D. Perón	Freie Wahlen
1974-1976	María E. M. de Perón	Rechtmäßige Nachfolge nach Tod des Vorgängers
1976-1981	Jorge Videla	Staatsstreich
1981	Roberto Viola	Ernannt durch die Militärjunta
1981-1982	Leopoldo Galtieri	Palastputsch der Streitkräfte
1982-1983	Reynaldo Bignone	Palastputsch der Armee
1983-1989	Raúl Alfonsín	Freie Wahlen
1989-1995	Carlos Menem	Freie Wahlen
1995-1999	Carlos Menem	Freie Wahlen
Quelle: Carreras 1999: 5		

Bemerkenswert war dabei die Tatsache, dass über viele Jahrzehnte hinweg der Verfassungstext aus dem Jahre 1853 – mit kleineren Modifikationen von 1860, 1866 und 1898 – formal gültig blieb. Dabei wurde die Verfassung immer wieder in Wort und Sinn verletzt. Die bürgerlichen und zivilen Rechte ganzer Bevölkerungsteile wurden wiederholt stark eingeschränkt oder ganz aufgehoben, ohne dass dadurch – entgegen der Behauptungen der beteiligten Regierungen – eine Lösung für die politischen Konflikte des Landes gefunden worden wäre. Dies wiederum führte dazu, dass die alte Verfassung für viele den Charakter eines noch einzulösenden politischen Programms behielt.

Während bereits der Verfassungstext eine präsidentiale Regierungsform vorsah, war die politische Praxis noch weitaus mehr auf die Exekutive ausgerichtet, die nach und nach Funktionen des Kongresses, der Judikative und der Provinzregierungen absorbierte. Die Verfassung verlieh dem Präsidenten die Befugnis, Vorschriften und Verordnungen zu erlassen, „die notwendig sind für die Ausführung der nationalen Gesetze, wobei Sorge zu tragen ist, dass der Sinn der Gesetze nicht durch die Ausnahmeregelungen verändert wird“ (Constitución de la Nación Argentina [1853] 1987: Art. 86 § 2).

Aus diesem Paragraphen leiteten die Militärregierungen für sich das Recht ab, Gesetzesdekrete in Phasen zu erlassen, in denen der Kongress aufgelöst war. Auch verschiedene zivile Regierungen griffen in vermeintlich außergewöhnlichen Situationen zu Dekreten, zum Beispiel um in den Provinzen zu intervenieren oder um den Ausnahmezustand zu verhängen. Die Öffentlichkeit gewöhnte sich nach und nach an die Vorstellung, dass es möglich, ja sogar wünschenswert sei, ohne den Kongress zu regieren (Nino 1992: 73-87).

Diese weit verbreitete Einstellung begünstigte die wiederholten militärischen Interventionen. Die Auflösung des Kongresses durch verschiedene Militärregierungen geschah stets mit der Absicht, alle politischen Entscheidungskompetenzen auf die Regierungsspitze zu übertragen. Nachdem 1930 die Militärs zum ersten Mal durch einen Staatsstreich an die Macht gelangten, nahm sowohl die Dauer ihrer Interventionen als auch die Reichweite ihrer Eingriffe in das Institutionengefüge des Landes zu, wie Tabelle 4 verdeutlicht.

Auch zivile Regierungen zeigten wiederholt die Neigung, die Gewaltbalance zu ihren Gunsten zu verschieben. Die Kombination von Präsidentschaftswahlen – die gemäß der Verfassung von 1853 alle sechs Jahre durchgeführt werden mussten – und Parlamentswahlen – die teilweise Erneuerung des Abgeordnetenhauses musste alle zwei, die des Senats alle

drei Jahre stattfinden – unterwarf das Regime einem permanenten Wahl-
druck. Daraus ergaben sich wiederholt Situationen, in denen sich die
Exekutive und die Legislative gegenseitig blockierten. Um solche Pattsitua-
tionen überwinden zu können, neigten die Präsidenten dazu, ihre ver-
fassungsmäßigen Befugnisse zu missbrauchen (Botana 1985b: 19-24).
Selbstverständlich ergibt sich die Wahl solcher Methoden nicht aus dem
Wortlaut der Verfassung. Sie entspricht vielmehr den Präferenzen der
Akteure und ihrer Fähigkeit, trotz Verstößen gegen die Verfassung ge-
sellschaftliche Unterstützung zu erlangen. Dieser Sachverhalt lenkt den
Blick auf das Beziehungsgeflecht zwischen den soziopolitischen Akteu-
ren.

Tabelle 4: Von Militärregierungen durchgeführte institutionelle Veränderungen

	1930	1943	1955	1962	1966	1976
Auflösung des Parlaments	*	*	*	*	*	*
Intervention in den Provinzen	*	*	*	*	*	*
Verbot politischer Aktivitäten	*		*		*	*
Intervention der Gewerkschaften	*	*	*			*
Mehrheitlich von Militärs gestellte Regierungen		*				*
Intervention der Unternehmerverbände			*			*
Auflösung des Obersten Gerichtshofes			*		*	*
Regierungen ohne Interimscharakter					*	*
Änderung der Eidesformel					*	*
Erlass von Verordnungen mit Verfassungscharakter					*	*
Intervention der Universitäten					*	*
Auflösung der Provinzgerichte						*

Quelle: Castiglione 1992: 30.

Mit- und Nebeneinander divergierender soziopolitischer Akteure

Die Streitkräfte gehörten seit den Unabhängigkeits- und Bürgerkriegen der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu den wichtigsten politischen Akteuren des Landes (Rouquié 1981 u. 1982; Potash 1986a u. 1986b). Wenn die „konservative Ordnung“ und die ersten radikalen Regierungen in der kollektiven Erinnerung als zivile Epochen *par excellence* lebendig sind, verdankt sich dies nicht dem Fehlen jeglicher politischer Aktivität der Uniformierten, sondern deren Unfähigkeit, sich allein mittels der Waffen durchzusetzen. 1930 jedoch gelangten die Militärs durch einen Staatsstreich an die Macht, der der erste einer langen Serie sein sollte.

Während bei den ersten militärischen Interventionen noch zivile Kräfte maßgeblich beteiligt waren, wurde das Militär ab 1955 zum entscheidenden Akteur, der das Modell einer „vormundschaftlichen Intervention“ einführte, dessen Ergebnis vor allem der Ausschluss des Peronismus und ein massiver Druck auf die Zivilregierungen war. Im Verlauf dieser Entwicklung wurden die Streitkräfte immer unabhängiger von der zivilen Macht. Diese Verselbstständigung reichte so weit, dass die Militärs sogar dazu übergingen, ihre Ziele, Aufgaben und Organisation eigenständig zu definieren. Mitte der sechziger Jahre erhoben die Streitkräfte einen hegemonialen Anspruch und behaupteten, dass ihnen die alleinige Verantwortung für die öffentlichen Angelegenheiten zukomme, was zum Ausschluss der politischen Parteien und zur völligen Abschaffung von Wahlen und parlamentarischen Mechanismen führte (Fleitas Ortiz de Rozas 1983; Sidicaro 1985: 281-282; Cavarozzi 1987: 31-32; López 1994: 52-62).

Diese Entwicklung wurde von Alain Rouquié als „prätorianische Umkehrung“ bezeichnet: In einem Kontext, in dem die Militärs das Zentrum der Macht bildeten, definierten auch die Parteien und die gesellschaftlichen Akteure ihre Rollen neu. Sie verwandelten sich *quasi* in Interessengruppen und versuchten, Druck auf die „Militärgesellschaft“ auszuüben. Dadurch wurde die politische Rolle der Streitkräfte akzeptiert, ihre Legitimität zuweilen sogar anerkannt (Rouquié 1983: 67-72).

In allen Fällen fanden die Militärputsche jedoch mit Zustimmung und/oder Unterstützung wichtiger Sektoren, wenn nicht sogar großer Teile der Gesellschaft statt. Dementsprechend konnten die Militärregierungen sich in der Anfangsphase auf einen gewissen Konsens stützen, dessen allmählicher Zerfall immer wieder zu einer Rückgabe der Macht an die zivilen politischen Kräfte im Rahmen von Verhandlungslösungen führte. Dabei bemühten sich die Militärs, auf einen ihnen genehmen

Verlauf der nächsten Wahlen hinzuarbeiten, womit sie gleichzeitig die Legitimität der zukünftigen Regierung untergruben. Dass ihnen dies 1983 nicht gelang, war darauf zurückzuführen, dass damals ein breiter Elitenkonsens darüber herrschte, das Militär für sämtliche Probleme des Landes verantwortlich zu machen. Kein politischer oder sozialer Sektor war dazu bereit, für das politische, wirtschaftliche und militärische Desaster aufzukommen, das das scheidende Regime hinterlassen hatte.

Als in jenem Jahr die Demokratisierung des Landes einsetzte, richtete sich die Aufmerksamkeit der sozialwissenschaftlichen Forschung einerseits auf die Institutionen und andererseits auf die Rolle der politischen Parteien, die jetzt als neue Hoffnungsträger galten. Vor allem wurde das Parteiensystem in seiner Struktur und Funktionsweise in den Blick genommen (Mainwaring 1988; Cavarozzi 1989; Bodemer/Carreras 1997). Dabei erhoben sich zugleich kritische Stimmen, die auf die Mitverantwortung der Parteien für das wiederholte Scheitern früherer Demokratisierungsversuche aufmerksam machten und dafür folgende Argumente vorbrachten:

- Im Besitz der Regierungsverantwortung zeigten die Parteien wiederholt die Neigung, sich als hegemoniale Kraft auf Dauer zu etablieren. Mit diesem Ziel vollzogen sie eine systematische Beschneidung des der Opposition zur Verfügung stehenden Spielraumes, was wiederum eine illoyale Haltung seitens der Oppositionsparteien provozierte und sie zur Duldung, wenn nicht sogar zur Mittäterschaft am institutionellen Bruch veranlasste.
- Der in der Gesellschaft verankerte „Prätorianismus“ veranlasste die Parteien mitunter dazu, zur Durchsetzung ihrer eigenen politischen Ziele die Militärs zu Hilfe zu rufen statt eine gemeinsame politische Front gegen die Interventionen der Streitkräfte zu bilden (Rouquié 1983: 67).
- Das Nichtvorhandensein einer erfolgreichen rechten Partei, welche die Interessen der konservativen Kreise bzw. der wirtschaftlich mächtigen Gruppen kanalisieren konnte, verleitete diese Kräfte zu extra-institutionellen Auswegen (Sábato/Schvarzer 1985; Gibson 1990).
- Der Radikalismus als Partei von Bürgern und der Peronismus als Bewegung mit korporatistischen Tendenzen waren als Repräsentanten zweier völlig verschiedener Demokratieauffassungen entstanden. Demzufolge war das von ihnen gebildete Parteiensystem durch strukturelle Heterogenität gekennzeichnet und litt an konstitutiver Schwäche (Grossi/Gritti 1989: 47-48; Cavarozzi 1989).

- Der ideologisch begründete Polarisierungsgrad des Parteiensystems war zwar relativ gering, in machtpolitischer Hinsicht herrschte jedoch eine ausgesprochen starke Polarisierung (Thibaut 1997: 143.) Diese war vor allem darauf zurückzuführen, dass beide großen Parteien sich eher als umfassende politische Bewegungen verstanden. Jede von ihnen erhob den Anspruch, eine umfassende Legitimität zu besitzen, weigerte sich aber gleichzeitig, die Legitimität des Gegners anzuerkennen (De Riz 1986: 672-674).
- Obwohl die Parteien über ein großes Mobilisierungspotenzial verfügten, war ihre organisatorische Struktur ausgesprochen schwach; sie waren auch durch ausgeprägten Personalismus und Faktionalismus gekennzeichnet (Grossi/Gritti 1989: 47-48).
- Die Parteien bildeten zwar Subkulturen mit starker Identifikationskraft, erwiesen sich aber gleichzeitig als schwache Vermittlungsagenturen im Vergleich zu den Korporationen, denen es immer wieder gelang, direkten Druck auf die jeweilige Regierung auszuüben (Snow/Manzetti 1993: 83-87).

Zu den wichtigen „Korporationen“ gehörten neben der Kirche und dem Militär vor allem die Gewerkschaften und die Unternehmerverbände. Die Arbeitnehmervertretungen waren im 19. Jahrhundert als autonome Organisationen unter zunächst stark anarchistischen, dann sozialistischen, syndikalistischen und kommunistischen Vorzeichen entstanden (Bittner 1982: 87-160; Bilsky 1985; Godio 1989). Mit dem Machtantritt Peróns änderte sich die politische Orientierung der Arbeiterbewegung radikal. Die Identifikation mit dem Peronismus wurde sogar in die Statuten des Gewerkschaftsdachverbandes *Confederación General del Trabajo* (CGT) aufgenommen, der sich in der Folgezeit als „Rückgrat“ des Justizialismus verstand.

In diesem Prozess spielte die Tatsache eine wichtige Rolle, dass Perón den Gewerkschaften einen legalen Status einräumte. Es kam zu einem enormen Wachstum der Gewerkschaften, gleichzeitig wurde jedoch in Form der *personería gremial* ein Mechanismus zur staatlichen Kontrolle der Arbeiterbewegung geschaffen.¹ Sowohl die Finanzierung

1 Die *personería gremial* wurde jenen Vereinigungen zugestanden, die als repräsentativ für den entsprechenden Industriezweig galten. Auf diese Weise erlangten bestimmte Organisationen ein Vertretungs- und Verhandlungsmonopol und konnten mit den Unternehmerverbänden über Arbeitsbedingungen und Löhne verhandeln. Die Unternehmen wurden dazu verpflichtet, automatisch einen bestimmten Prozentsatz der Gehälter ihrer Beschäftigten an die Gewerkschaften abzuführen.

als auch die juristische Identitätsberechtigung der Gewerkschaften hingen von nun an vor allem von den Entscheidungen der Regierung ab. Da die peronistische Ideologie einen Kompromiss zwischen Arbeitern und Unternehmern und eine Integration beider Gruppen in die übergeordnete Instanz der „nationalen Gemeinschaft“ propagierte, hörten die Gewerkschaften weitgehend auf, die Unternehmer als Klassenfeinde anzusehen, und richteten ihre Forderungen an den Staat (Borner/Mármora 1985: 27-35; Cordone 1993).

Nach dem Sturz des Peronismus (1955) übernahm die CGT, die zu einem wichtigen politischen Akteur geworden war, die Oppositionsrolle und stellte sich an die Spitze des peronistischen „Widerstandes“. Dabei erprobte sie bis in die 90er Jahre praktisch alle möglichen Aktionsformen: den offenen Widerstand, verschiedene Konzertierungsstrategien (jeweils von kurzer Dauer), opportunistisches Verhalten, den Streik, die großen Mobilisierungen und Fabrikbesetzungen, den Straßenkampf und die Aushandlungen mit anderen Korporationen. Abgesehen von diesen unterschiedlichen Aktionsformen gibt es einige Konstanten, die sich wie folgt zusammenfassen lassen:

- Trotz aller Versuche der „Entperonisierung“ behielt die Gewerkschaftsbewegung über viele Jahrzehnte hinweg ihre Identifikation mit der justizialistischen Bewegung bei. Bis in die 80er Jahre hinein waren die Zugehörigkeit zu und die Treue gegenüber dem Peronismus das wichtigste Legitimationskriterium der Gewerkschaftsführer gegenüber den Arbeitnehmern (Borner/Mármora 1985).
- Ungeachtet der Existenz der verschiedenen Strömungen in der CGT, war diese immer bereit, eine „politische“ Haltung in dem Sinne einzunehmen, dass sie Positionen vertrat, die weit über die Forderungen der Arbeitnehmer hinausgingen. Zunächst wurde sie aufgrund ihrer Identifikation mit dem Peronismus zu diesem Verhalten getrieben, da das Verbot der Justizialistischen Partei ihren Anhängern keine andere Ausdrucksmöglichkeit ließ. Später orientierte sich die Strategie der Gewerkschaftsbosse auch an einem anderen Ziel: dem Ausbau ihrer Machtbasis und der Bewahrung ihrer Privilegien (James 1993).
- Die Gewerkschaftsbewegung sah sich häufig dazu berufen, sehr weitreichende Forderungen zu formulieren und auf jegliches Mittel zurückzugreifen, das ihr das Erreichen ihrer Ziele zu ermöglichen

versprach.² Dabei konnten ihre Handlungsstrategien je nach Situation mit den Bestrebungen anderer Akteure (Parteien, Streitkräfte, Unternehmerverbände, Kirche) konvergieren, was zum Beispiel unter der Regierung Alfonsín noch in erheblichem Umfang geschah (Carreras 1999: 203-218).

- Die Aktionsstrategien der Gewerkschaften orientierten sich über Jahrzehnte hinweg am justizialistischen Modell der *Comunidad Organizada* (Organisierte Gemeinschaft). Die jeweiligen Gewerkschaftsführungen strebten immer danach, die ihnen in diesem Modell zuerkannte Position zu bewahren, ohne der Tatsache Rechnung zu tragen, dass diese „Gemeinschaft“ schon 1955 definitiv aufgelöst worden war. Wenn der Ausschluss des Peronismus von der Macht die Gewerkschafter nicht dazu veranlasste, eine andere Integrationsstrategie zu formulieren, dann lag das daran, dass das korporative Modell am ehesten ihren Absichten entgegenkam.
- Die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Staat waren immer mit Widersprüchen behaftet. Dadurch, dass die *personería gremial* – und somit die Berechtigung zu Verhandlungen und zur Erhebung von Beiträgen – nur einer Organisation pro Wirtschaftszweig zuerkannt wurde, hingen der Repräsentationsanspruch und die Finanzkraft der Gewerkschaften vom Staat ab. Bei dieser Konstellation vermischten sich bei jeder Gelegenheit die Forderungen der Arbeiterbewegung mit den unmittelbaren Interessen der Gewerkschaftsfunktionäre.

Auch den Unternehmern und ihren Verbänden wird ein erheblicher Teil der Verantwortung für die lang anhaltende politische und ökonomische Instabilität Argentiniens zugewiesen. Zweifelsohne gehören sie zu den Akteuren, die wiederholt zur Destabilisierung ziviler Regierungen beitrugen. Die Gründe dafür sind vor allem in den politischen Perzeptionen der Unternehmer zu suchen, die aus unterschiedlichen Motiven verschiedene demokratische Regime als „Bedrohung“ ihrer Interessen wahrnahmen. Vor allem nach 1955 verbanden viele Unternehmer Demokratie mit „populistischer“ Wirtschaftspolitik sowie „unverantwortlich handelnden Parteien“, an erster Stelle jedoch mit der „Bedrohung“ durch eine gewerkschaftlich organisierte gesellschaftliche Gegenmacht (Birle 1996: 216). Im Gegensatz dazu boten die Militärregierungen

2 Siehe zum Beispiel das „Minimalprogramm“ von 1963 (Godio 1991: 136) sowie die CGT-Dokumente für den Zeitraum 1985-1987 (Gambarotta/Lamadrid/Orsatti 1985).

den (Groß)Unternehmern in der Regel mehr Möglichkeiten zur Mitgestaltung der Wirtschaftspolitik, versprochen die Hegemonie des Peronismus innerhalb der Gewerkschaften zu brechen und die Arbeiterbewegung insgesamt zu disziplinieren (Birle 1997: 245).

Diese Feststellungen sollten allerdings nicht über die Tatsache hinweg täuschen, dass die unternehmerischen Interessen große Heterogenität aufweisen. Dies zeigt sich u.a in der Repräsentationsstruktur der Unternehmer sowie in den konfliktiven Beziehungen der Verbände untereinander. Im Verlauf des 20. Jahrhunderts kam es zur Gründung konkurrierender Organisationen sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Industrie. Nach 1955 entstanden zwei verfeindete Lager: Dem binnenmarktorientierten und am Modell der *Comunidad Organizada* ausgerichteten Unternehmersdachverband *Confederación General Económica* (CGE) standen verschiedene wirtschaftsliberal und antiperonistisch gesinnte Unternehmervertretungen feindselig gegenüber (Birle 1995: 199-227).

Nach den Erfahrungen mit der letzten Militärdiktatur, deren Wirtschaftspolitik je nach Branche und Unternehmensgröße unterschiedliche Wirkungen hatte, war eine Distanzierung der Unternehmerverbände von autoritären Lösungen feststellbar. (Birle 1995: 175-179). Dieser Trend wurde dadurch gestärkt, dass die Gewerkschaften als gesellschaftliche Gegenmacht, die in früheren Jahrzehnten von den Großunternehmern als Bedrohung aufgefasst wurde, durch die Diktatur in einer Weise geschwächt wurde, dass die folgenden zivilen Regierungen vom „populistischen“ Entwicklungsmodell Abschied nehmen konnten und mussten.

Bei unserer Betrachtung des politischen Systems Argentinien und seiner wichtigsten soziopolitischen Akteure war der stetige Bezug auf den Peronismus unausweichlich. Schon deshalb, aber auch angesichts der Tatsache, dass Carlos Menem seine politische Karriere im Rahmen dieser Tradition begann, ist es angebracht, abschließend das Spezifische des „Phänomens“ Peronismus näher zu betrachten.

Der Peronismus: Ein vielschichtiger politischer Akteur mit wandelndem Selbstverständnis

Für die Wahlen 1946 präsentierte sich Perón als Kandidat der kurz zuvor gegründeten Arbeiterpartei (*Partido Laborista*), die sich vor allem auf gewerkschaftliche Kader stützte. Eine der ersten Maßnahmen Peróns nach der Regierungsübernahme war die Auflösung der *Partido Laborista*, die nicht so gefügig war wie erwartet. Stattdessen wurde mit staatlicher Unterstützung die Peronistische Partei (*Partido Peronista*) gegründet und insti-

tutionalisiert. 1949 entstand zudem die Peronistische Frauenpartei (*Partido Peronista Femenino*) unter dem Vorsitz von Eva Perón.

Die Beziehungen zwischen „Partei“ und „Bewegung“ wurden niemals klar definiert. Letztere bestand theoretisch aus der „politischen“, der „weiblichen“ und der „gewerkschaftlichen“ Säule. *Rama* (Zweig) war die diffuse spanische Bezeichnung dafür. Dieses immer wieder zitierte Organisationsprinzip kam jedoch nie zur effektiven Anwendung. Die unbestrittenen de facto-Autoritäten waren Perón und seine Frau Eva. Die verschiedenen Parteibezirke wurden von Interventoren und der weibliche Sektor durch eine von oben eingesetzte Delegierte geleitet. Die angeblich gleichmäßige Verteilung der zur Wahl stehenden Posten zwischen den einzelnen Säulen wurde weder in die Satzungen aufgenommen noch kam sie als ungeschriebenes Gesetz zur Geltung. Wenn bei der Aufstellung von Kandidaten das Schwergewicht häufig bei den Gewerkschaften lag, so vor allem deshalb, weil es kaum peronistische Politiker gab. Zu erwähnen ist auch, dass niemand jemals auch nur im Traum damit rechnete, dass tatsächlich ein Drittel der zur Wahl stehenden Posten an die Frauenvertreterinnen vergeben würde (Luna 1984: 55-62; Chumbita 1989: 92-96; Navarro 1997: 217-235).

Auf dieser wenig soliden institutionellen Grundlage wurde ein neues politisches Experiment gestartet, wobei der damalige Oberst Perón zur Schlüsselfigur avancierte und in vierfacher Hinsicht eine Führungsrolle übernahm: als politischer Anführer der Arbeiterklasse, als Staatschef, als Führer der Streitkräfte und als Chef einer neuen Partei (Horowicz 1985: 102). Vor diesem Hintergrund kann nicht überraschen, dass die Definition der peronistischen Identität von Anfang an ein sehr umstrittenes Thema sowohl im eigenen als auch im fremden Lager war und immer wieder Anlass zu kontroversen Interpretationen gab und zum Teil noch gibt (Chumbita 1989; De Ipola 1989; Jorrat 1990; De Ipola 1990). So wurde der Peronismus als faschistisches Regime, als bürgerlicher Nationalismus, als eine Form des Bonapartismus, als Entwicklungsdiktatur und als Inbegriff des lateinamerikanischen Populismus interpretiert. Andere Autoren betonen dagegen die Originalität des Justizialismus als einer Bewegung *sui generis*. Die Peronisten selbst verstanden sich ihrerseits stets und übereinstimmend als eine „nationale Volksbewegung“, wobei die Operationalisierung dieses Konzeptes jedoch zu endlosen Auseinandersetzungen führte.

Die Vielzahl von Interpretationen der peronistischen Identität ist keineswegs zufällig. Jede einzelne kann sich auf Verlautbarungen stützen, die der Anführer der Bewegung zu den unterschiedlichsten Gelegenhei-

ten geäußert hat, dabei all jene Äußerungen weglassend, die sich in das jeweils vordefinierte Bild nicht einordnen lassen. Demgegenüber besteht die einzige vernünftige Lösung des „peronistischen Rätsels“ darin, den Widersprüchen Rechnung zu tragen und den Justizialismus als eine Bewegung zu charakterisieren, die von Anfang an eine Vielfalt von Anschauungen in sich vereinigte. Dabei liegt die plausibelste Erklärung der justizialistischen Vielfalt in der politischen Praxis begründet, vor allem in der Taktik, die zuerst Perón selbst, später seine Anhänger und Nachfolger einsetzten, um die Unterstützung unterschiedlicher gesellschaftlicher und politischer Gruppen zu gewinnen.

Peróns Wahlsieg 1946 machte ihn zu einem verfassungsmäßigen Präsidenten militärischer Herkunft, der zunächst über keine strukturierte politische Partei verfügte, die ihm als Unterstützungs- und Vermittlungsinstanz gedient hätte. Er sah sich deshalb dazu genötigt, seine heterogene Gefolgschaft zu disziplinieren, breite soziale Unterstützung zu suchen und soweit wie möglich zu vermeiden, dass die Aufmerksamkeit, die er einem Teil seiner Klientel zuteil werden ließ, ihn die Geneigtheit der anderen kostete. Unter diesen Umständen waren dem Peronismus all jene hoch willkommen, die dem neuen Machthaber bereitwillig folgten. Wie der Historiker Félix Luna treffend beobachtete:

Wenn etwas Perón während seines gesamten politischen Werdegangs charakterisierte, war es der Pragmatismus, der sein Handeln prägte, der Realismus, der seine Züge lenkte, die Ungezwungenheit, mit der er die eine Sache verfolgte, die andere verwarf, wie es ihm gerade zupass kam. Diese Handlungsweise ist der Schlüssel zum Verständnis der Natur jenes Staates, den er in der ersten Phase seiner Herrschaft aufbaute: 'weder Yanqui, noch marxistisch', weder faschistisch, noch populistisch, weder bonapartistisch noch eine Massendemokratie. Eine Mischung all dessen, was ihm dienlich war, ein reichhaltiges Allerlei, dem er stets seine persönliche Gewürzmischung beigab, ohne sich um frühere Ideologien oder um Widersprüche zwischen dem, was er sagte und dem, was er tat, zu kümmern (Luna 1984: 407-408).

Perón selbst war noch deutlicher:

Die Doktrin ist für niemanden eine festgelegte Regel. Sie gibt vielmehr eine grobe Orientierung vor, mit Grundsätzen, die stets in unterschiedlicher Form eingehalten werden. Man ist an nichts Festes gebunden, verfügt vielmehr über eine geistige Orientierung, um in jeder Situation innerhalb einer bestimmten Richtung, jedoch mit überaus großem Spielraum bezüglich der jeweiligen konkreten Handlungen, zu entscheiden (Zitiert nach Ciria 1971: 147).

Konkret bedeutete dies zum Beispiel, dass während der zweiten Präsidentschaft Peróns zur gleichen Zeit, als sich einerseits der offizielle nationalistische Diskurs herauskristallisierte, die industriepolitischen Postulate wiederholt und die Vorrechte der Arbeiter bestätigt wurden, andererseits die reale Wirtschafts- und Sozialpolitik eine Kehrtwende zugunsten der Agrarexporteure vollzog, flankiert von einer Anpassungspolitik und dem Zugeständnis beachtlicher Rechte bezüglich der Erdölexploration an nordamerikanische Unternehmen.

Der Sturz Peróns 1955 führte zu einem Einschnitt in der Entwicklung der peronistischen Identität. Das Verbot und die Verfolgung, die die Peronisten und ein Großteil ihrer Sympathisanten erleiden mussten, mündete in eine Kultur des Widerstands, die um so stärker wurde, je mehr das Militärregime zu repressiven Maßnahmen griff mit dem Ziel, das Land und vor allem die Gewerkschaften zu „entperonisieren“.

Während der Proskriptionsjahre flossen in den peronistischen Diskurs aufrührerische, teilweise revolutionäre Töne ein. Gegen Ende der sechziger Jahre nahm er teilweise linke Positionen an und näherte sich rhetorisch der kubanischen Revolution. Von da an trat eine neue Generation von Aktivisten dem Justizialismus bei, die die „Peronistische Jugend“ (*Juventud Peronista*; JP) bildeten. Sie nahmen wesentlich radikalere Positionen als die Gründergeneration ein. Vielen von ihnen diente Eva Perón in ihrer kämpferischsten Version als Leitfigur, wie sie in der Parole zum Ausdruck kam: „Das Leben für Perón“. Einige von ihnen gründeten revolutionäre „Sonderorganisationen“ und gingen zum bewaffneten Kampf über. Treu seiner Gewohnheit, sich um Unterstützung um jeden Preis zu bemühen, fachte Perón von seinem spanischen Exil aus diese widersprüchlichen Parolen ebenso an wie die Hoffnung seiner Gefolgschaft, dass er, einmal an der Macht, alle ihre Wünsche erfüllen würde (Verón/Sigal 1986: 91-129; Halperín Donghi 1994: 57-64).

Innerhalb der Bewegung kam es Anfang der 70er Jahre zur Konfrontation zwischen den linken Gruppen, der alten gewerkschaftlichen Garde und den rechtsnationalistischen Sektoren. Der Streit zwischen den peronistischen Strömungen beschränkte sich nicht auf die rhetorische Ebene, sondern nahm bald die Züge einer gewalttätigen Auseinandersetzung an. Die inneren Widersprüche des Peronismus verlagerten sich ab 1973 auf die neue justizialistische Regierung und somit auf das Land insgesamt. Zum Zeitpunkt von Peróns Tod (1974) war die sogenannte „nationale Bewegung“ lediglich noch eine Ansammlung von Faktionen, die sich gegenseitig bekämpften. Jede von ihnen beanspruchte für sich allein die genuine Repräsentation des „peronistischen Wesens“ und der Interessen

der Nation und konnte sich dabei auf Passagen aus den unzähligen Reden des Generals berufen.

Auch nach 1983 gingen diese Auseinandersetzungen weiter, wenngleich diesmal ohne Gewaltanwendung. Im Streit um das Erbe versuchten die „Waisen Peróns“, die Legitimität ihrer jeweiligen Fraktion durch Treueschwüre auf die „Peronistische Doktrin“ zu belegen. Orthodoxe wie Erneuerer beanspruchten jeweils für sich, den „echten Peronismus“ zu repräsentieren, wobei ganz verschiedene Einstellungen vor allem bezüglich des Demokratieverständnisses und der konkreten Wirtschaftspolitik in die „neuen“ Diskurse der 80er Jahre Eingang fanden (Carreras 1999: 161-168).

Als Ergebnis bleibt festzuhalten, dass die Mannigfaltigkeit der peronistischen Kräfte die Aufrechterhaltung eines Diskurses bestimmte, der umfassend genug war, um den unterschiedlichsten ideologischen Richtungen einen Platz zu bieten. So gesehen war die vor allem in peronistischen Kreisen geäußerte Überraschung bzw. Empörung über die angebliche „kopernikanische Wende“ der Regierung Menem kaum berechtigt.

In den 80er Jahren vollzog sich jedoch eine andere, vielleicht viel entscheidendere Veränderung des Peronismus. Dieser vielschichtige Akteur, der fünfzig Jahre lang allen Versuchen seiner Gegner, ihn zu zerstören, widerstanden hatte, zerfiel, sobald er frei handeln durfte und sich mit der Oppositionsrolle begnügen musste, in verschiedene Komponenten. Die Konflikte innerhalb des Peronismus in den Jahren der Regierung Alfonsín waren somit sowohl Resultat einer komplizierten historischen Entwicklung als auch Anzeichen eines teils bewussten, teils intuitiven Anpassungsprozesses an die neuen Umstände.

Die Übernahme der Oppositionsrolle gegen die UCR-Regierung durch die peronistischen Gewerkschaften wurde in den 80er Jahren als eine Fortsetzung der Macht der Korporationen interpretiert. Aus heutiger Sicht stellt sie sich jedoch eher als ein letzter Akt einer spezifischen Form der politischen Auseinandersetzung dar, die lange Zeit auf der Basis des Druckpotentials der heute im Rückzug befindlichen Industriearbeiterschaft funktioniert hatte. Die Veränderungen der sozioökonomischen Struktur des Landes sind also alles andere als irrelevant für die Erklärung des politischen Transformationprozesses. Erst vor diesem Hintergrund wird verständlich, dass ab 1987 erst die Erneuerer und dann Carlos Menem die Führung des Peronismus übernehmen konnten, und dass im Laufe der 90er Jahre die „politische Säule“ des Justizialismus der „gewerkschaftlichen“ den Rang ablief. Dadurch wurde – wohl endgültig

– die Trennung zwischen der politischen und der funktionalen Interessenrepräsentation vollzogen.

Die gängige Behauptung, der Peronismus *in toto* hätte sich in eine moderne politische Partei gewandelt, wird allerdings den Tatsachen nicht gerecht. Der „Altperonismus“ als solcher ist gestorben. Weder seine alte Beschaffenheit noch seine übermächtige Rolle im gesellschaftspolitischen Kontext Argentiniens sind wiederzubeleben. Kein anderer Akteur wird seine alte Funktion innerhalb des politischen Systems jemals übernehmen können, weil das System selbst sich neu konfiguriert hat und keinen Raum mehr für ein derart vielschichtiges Phänomen offen lässt. Die Justizialistische Partei ist nicht der Alleinerbe der alten peronistischen Bewegung, sondern lediglich eine Abwandlung einer seiner ursprünglich zahlreichen Komponenten.

Literaturverzeichnis

- Andersen, Martin (1993): *Dossier secreto. El mito de la guerra sucia*, Buenos Aires: Planeta.
- Azpiazu, Daniel/Basualdo, Eduardo/Khavisse, Miguel (1987): *El nuevo poder económico en la Argentina de los años 80*, Buenos Aires: Editorial Legasa.
- Beccaria, Luis (1991): „Distribución del ingreso en la Argentina: explorando lo sucedido desde mediados de los setenta“, in: Barsky, Osvaldo/Bocco, Arnaldo (Hrsg.): *Respuesta a Martínez de Hoz*, Buenos Aires: Imago Mundi, 253-275.
- Bilsky, Edgardo (1985): *La F.O.R.A. y el movimiento obrero 1900-1910*, (2 Bände), Buenos Aires: Centro Editor de América Latina.
- Birle, Peter (1995): *Argentinien: Unternehmer, Staat und Demokratie*, Frankfurt am Main: Vervuert.
- Birle, Peter (1996): „Die Unternehmerverbände. Neue „Columna Vertebral“ des Peronismus?“, in: Nolte, Detlef/Werz, Nikolaus (Hrsg.): *Argentinien. Politik, Wirtschaft, Kultur und Außenbeziehungen*, Frankfurt am Main: Vervuert, 205-224.
- Birle, Peter (1997): „Keine Angst mehr vor der Demokratie? Die argentinischen Unternehmerverbände nach dem Ende alter Bedrohungspereptionen“, in: Sevilla, Rafael/Zimmerling, Ruth (Hrsg.): *Argentinien: Land der Peripherie?*, Unkel/Rhein, Bad Honnef: Horlemann, 238-250.
- Bittner, Walter (1982): *Gewerkschaften in Argentinien. Vom Anarchismus zum Peronismus*, Berlin: Schelzky & Jeep.
- Bodemer, Klaus (1991): „Von Alfonsín zu Menem – Argentinische Wirtschaftspolitik im Wechselbad kontroverser Strategien“, in: Nolte, Detlef (Hrsg.): *Lateinamerika im Umbruch? Wirtschaftliche und politische Wandlungsprozesse an der Wende von den 80er zu den 90er Jahren*, Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde, 231-263.

- Bodemer, Klaus/Carreras, Sandra (1997): „Die politischen Parteien im demokratischen Transitions- und Konsolidierungsprozess in Südamerika: Argentinien, Chile und Uruguay im Vergleich“, in: Merkel, Wolfgang/Sandschneider, Eberhard (Hrsg.): *Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozess*, Opladen: Leske + Budrich, 171-213.
- Borner, Jutta/Mármora, Leopoldo (1985): „Argentinien: Die Gewerkschaften in der neuen Demokratie. Neue Demokratie in den Gewerkschaften?“, in: Ramalho, Luis (Hrsg.): *Lateinamerikanische Gewerkschaften zwischen staatlicher Gängelung und Autonomie*, Saarbrücken, Fort Lauderdale: Verlag Breitenbach Publishers, 25-54.
- Botana, Natalio (1985a): *El orden conservador. La política argentina entre 1880 y 1916*, Buenos Aires: Hyspamérica.
- Botana, Natalio (1985b): „El marco histórico institucional: leyes electorales, alternancia y competencia entre partidos“, in: Botana, Natalio et al. (Hrsg.): *La Argentina electoral*, Buenos Aires: Editorial Sudamericana, 13-24.
- Calcagno, Alfredo (1985): *La perversa deuda argentina*, Buenos Aires: Editorial Legasa.
- Camarasa, Jorge/Felice, Rubén/González, Daniel (1985): *El juicio. Proceso al horror. De la recuperación democrática a la sentencia*, Buenos Aires: Sudamericana/Planeta.
- Cantón, Darío/Moreno, José Luis/Ciria, Alberto (1986): *La democracia constitucional y su crisis*, Buenos Aires: Hyspamérica.
- Carreras, Sandra (1999): *Die Rolle der Opposition im Demokratisierungsprozeß Argentiniens. Der Peronismus 1983-1989*, Frankfurt am Main: Vervuert.
- Castiglione, Marta (1992): *La militarización del Estado en la Argentina (1976/1981)*, Buenos Aires: Centro Editor de América Latina.
- Cavarozzi, Marcelo (1984): „Los partidos y el parlamento en la Argentina: un pasado de fracasos y un futuro cargado de desafíos“, in: Cavarozzi, Marcelo/Sábato, Hilda (Hrsg.): *Democracia, orden político y parlamento fuerte*, Buenos Aires: Centro Editor de América Latina, 136-160.
- Cavarozzi, Marcelo (1987): *Autoritarismo y democracia (1955-1983)*, Buenos Aires: Centro Editor de América Latina.
- Cavarozzi, Marcelo (1989): „El esquema partidario argentino: partidos viejos, sistema débil“, in: Cavarozzi, Marcelo/Garretón, Mario (Hrsg.): *Muerte y resurrección. Los partidos políticos en el autoritarismo y las transiciones del Cono Sur*, Santiago de Chile: FLACSO, 297-334.
- Chumbita, Hugo (1989): *El enigma peronista*, Buenos Aires: Puntosur editores.
- Ciria, Alberto (1971): *Perón y el justicialismo*, Buenos Aires: Siglo XXI.
- Ciria, Alberto (1985): *Partidos y poder en la Argentina Moderna (1930-1946)*, Buenos Aires: Hyspamérica.
- CONADEP (1994): *Nunca más. Informe de la Comisión Nacional sobre la Desaparición de Personas*, Buenos Aires: Eudeba.
- Constitución de la Nación Argentina* (1853) (1987): Edición al cuidado del Dr. Gregorio Badeni, Buenos Aires: Editorial Plus Ultra.
- Cordone, Héctor (1993): „El sindicalismo bajo la hegemonía peronista: emergencia, consolidación y evolución histórica (1943-1973)“, in: Moreno, Omar (Hrsg.): *Desafíos para el sindicalismo en la Argentina*, Buenos Aires: Editorial Legasa, 49-80.

- Cortés Conde, Roberto (1979): *El progreso argentino 1880-1914*, Buenos Aires: Editorial Sudamericana.
- Cramer, Gisela (1999): *Argentinien im Schatten des Zweiten Weltkriegs. Probleme der Wirtschaftspolitik und der Übergang zur Ära Perón*, Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Dahl, Robert (1978): *Polyarchy. Participation and Opposition*, New Haven, London: Yale University Press.
- De Ipola, Emilio (1989): „Ruptura y continuidad; claves parciales para un balance de las interpretaciones del peronismo“, in: *Desarrollo Económico* 115, 331-359.
- De Ipola, Emilio (1990): „Respuesta al comentario ‘Reflexiones sobre un balance de las interpretaciones del peronismo’“, in: *Desarrollo Económico* 118, 284-189.
- De Riz, Liliana (1986): „Política y partidos. Ejercicio de análisis comparado: Argentina, Chile, Brasil y Uruguay“, in: *Desarrollo Económico* 100, 659-681.
- De Riz, Liliana/Smulovitz, Catalina (1991): „Instituciones y dinámica política. El presidencialismo argentino“, in: Nohlen, Dieter/De Riz, Liliana (Hrsg.): *Reforma institucional y cambio político*, Buenos Aires: Legasa, 121-176.
- Di Tella, Guido (1985): *Perón-Perón. 1973-1976*, Buenos Aires: Hyspamérica.
- Escudé, Carlos (1983): *Gran Bretaña, Estados Unidos y la declinación argentina. 1942-1949*, Buenos Aires: Editorial de Belgrano.
- Escudé, Carlos (1990): *El fracaso del proyecto argentino. Educación e ideología*, Buenos Aires: Editorial Tesis.
- Fleitas Ortiz de Rozas, Abel (1983): „El Peronismo y las Fuerzas Armadas (2º parte)“, in: *Unidos* 2, 33-50.
- Fodor, Jorge (1989): „Argentina’s Nationalism: Myth or Reality?“, in: Di Tella, Guido/Dornbusch, Rudiger (Hrsg.): *The Political Economy of Argentina, 1946-83*, Pittsburgh: University of Pittsburgh Press, 31-55.
- Fontana, Andrés (1984): *Fuerzas Armadas, Partidos Políticos y Transición a la Democracia en Argentina*, Buenos Aires: Centro de Estudios de Estado y Sociedad (CEDES).
- Ford, A. G. (1975): „British Investment and Argentine Economic Development, 1880-1914“, in: Rock, David (Hrsg.): *Argentina in the Twentieth Century*, Pittsburgh: University of Pittsburgh Press, 12-40.
- Gallo, Ezequiel (1986): „Argentina: Society and Politics, 1880-1916“, in: Bethell, Leslie (Hrsg.): *The Cambridge History of Latin America. Vol. V c. 1870-1930*, Cambridge, New York, Melbourne: Cambridge University Press, 359-391.
- Gallo, Ezequiel/Cortés Conde, Roberto (1984): *La república conservadora*, Buenos Aires: Paidós.
- Gambarotta, Héctor/Lamadrid, Alejandro/Orsatti, Alvaro (Hrsg.) (1985): *Propuestas económicas del sindicalismo argentino, 1985-1987. Guía temática y recopilación*, Buenos Aires: Centro de Estudios Laborales (CEDEL).
- Gerchunoff, Pablo (1989): „Peronist Economic Policies, 1946-55“, in: Di Tella, Guido/Dornbusch, Rudiger (Hrsg.): *The Political Economy of Argentina, 1946-83*, Pittsburgh: University of Pittsburgh Press, 59-85.
- Gibson, Edward (1990): „Democracy and the New Electoral Right in Argentina“, in: *Journal of Interamerican Studies and World Affairs* 32, 177-228.

- Godio, Luis (1989): *Historia del movimiento obrero argentino (1930-1943). Socialismo, comunismo y nacionalismo obrero*, Buenos Aires: Editorial Legasa.
- Godio, Luis (1991): *Historia del movimiento obrero argentino (1955-1990). De la resistencia a la encrucijada menemista*, Buenos Aires: Editorial Legasa.
- Grossi, María/Gritti, Roberto (1989): „Los partidos frente a una democracia difícil: la evolución del sistema partidario en la Argentina“, in: *Crítica y Utopía* 18, 27-62.
- Halperin Donghi, Tulio (1986): *La democracia de masas*, Buenos Aires: Paidós.
- Halperín Donghi, Tulio (1994): *La larga agonía de la Argentina peronista*, Buenos Aires: Ariel.
- Horowicz, Alejandro (1985): *Los cuatro peronismos*, Buenos Aires: Editorial Legasa.
- James, Daniel (1993): *Resistance and Integration. Peronism and the Argentine Working Class, 1946-1976*, Cambridge, New York, Melbourne: Cambridge University Press.
- Jorrat, Jorge (1990): „Reflexiones sobre un balance de las interpretaciones del Peronismo“, in: *Desarrollo Económico* 118, 277-283.
- López, Ernesto (1994): *Ni la ceniza ni la gloria. Actores, sistema político y cuestión militar en los años de Alfonsín*, Bernal (Argentina): Universidad Nacional de Quilmes.
- Luna, Félix (1984): *Perón y su tiempo. I. La Argentina era una fiesta. 1946-1949*, Buenos Aires: Editorial Sudamericana.
- Maceyra, Horacio (1983): *Las presidencias peronistas. Cámpora/Perón/Isabel*, Buenos Aires: Centro Editor de América Latina.
- Mainwaring, Scott (1988): *Los partidos políticos y la democratización en Brasil y el Cono Sur. Reseña Crítica*, Buenos Aires: CLACSO.
- Matsushita, Hiroshi (1986): *Movimiento obrero argentino 1930-1945. Sus proyecciones en los orígenes del peronismo*, Buenos Aires: Hyspamérica.
- McGuire, James (1997): *Peronism Without Perón. Union, Parties, and Democracy in Argentina*, Stanford: Stanford University Press.
- Minsburg, Naúm (1991): „La deuda externa, factor fundamental en la reestructuración de la economía argentina“, in: Barsky, Osvaldo/Bocco, Arnaldo (Hrsg.): *Respuesta a Martínez de Hoz*, Buenos Aires, 117-133.
- Morales Solá, Joaquín (1992): *Asalto a la ilusión. Historia secreta del poder en la Argentina desde 1983*, Buenos Aires: Planeta.
- Munck, Gerardo (1998): *Authoritarianism and Democratization. Soldiers and Workers in Argentina, 1976-1983*, Pennsylvania: The Pennsylvania State University Press.
- Mustapic, Ana María (1984): „Conflictos institucionales durante el primer gobierno radical: 1916-1922“, in: *Desarrollo Económico* 93, 85-108.
- Navarro, Marysa (1997): *Evita*, Buenos Aires: Planeta.
- Nino, Carlos (1992): *Un país al margen de la ley. Estudio de la anomia como componente del subdesarrollo argentino*, Buenos Aires: Emecé Editores.
- O'Donnell, Guillermo (1972): *Modernización y autoritarismo*, Buenos Aires: Paidós.
- Plotkin, Mariano (1993): *Mañana es San Perón. Propaganda, rituales políticos y educación en el régimen peronista (1946-1955)*, Buenos Aires: Ariel.
- Potash, Robert (1986a): *El ejército y la política en la Argentina. 1928-1945. De Yrigoyen a Perón*, Buenos Aires: Hyspamérica.

Potash, Robert (1986b): *El ejército y la política en la Argentina. 1945-1962. De Perón a Frondizi*, Buenos Aires: Hyspamérica.

Potter, Anne (1981): „The Failure of Democracy in Argentina 1916-1930: An Institutional Perspective“, in: *Journal of Latin American Studies* 13, 83-109.

Rocchi, Fernando (1998): „Consumir es un placer: la industria y la expansión de la demanda en Buenos Aires a la vuelta del siglo pasado“, in: *Desarrollo Económico* 148, 533-558.

Rock, David (Hrsg.) (1975): *Argentina in the Twentieth Century*, Pittsburgh: University of Pittsburgh Press.

Rock, David (1985): *Argentina 1516-1982. From Spanish Colonization to the Falklands War*, Berkeley: University of California Press.

Rock, David (1986): „Argentina from the First World War to the Revolution of 1930“, in: Bethell, Leslie (Hrsg.): *The Cambridge History of Latin America. Vol. V c. 1870-1930*, Cambridge, New York, Melbourne: Cambridge University Press, 419-452.

Rock, David (1995): *Authoritarian Argentina. The Nationalist Movement, Its History and Its Impact*, Berkeley, Los Angeles, Oxford: University of California Press.

Rouquié, Alain (1981): *Poder militar y sociedad política en la Argentina. I. - hasta 1943*, Buenos Aires: Emecé Editores.

Rouquié, Alain (1982): *Poder militar y sociedad política en la Argentina. II. 1943-1973*, Buenos Aires: Emecé Editores.

Rouquié, Alain (1983): „El poder militar en la Argentina de hoy. Cambio y continuidad“, in: Waldmann, Peter/Garzón Valdés, Ernesto (Hrsg.): *El poder militar en la Argentina 1976-1981*, Buenos Aires: Editorial Galerna, 65-76.

Sábato, Jorge/Schvarzer, Jorge (1985): „Funcionamiento de la economía y poder político en la Argentina: trabas para la democracia“, in: Rouquié, Alain/Schvarzer, Jorge (Hrsg.): *¿Cómo renacen las democracias?*, Buenos Aires: Emecé Editores, 175-212.

Schröder, Susanne (1990): *Die Anpassungspolitik in Argentinien seit 1985 vor dem Hintergrund der Auslandsverschuldung und des Demokratisierungsprozesses*, Berlin: Duncker & Humblot.

Schvarzer, Jorge (1983): *Martínez de Hoz: La lógica política de la política económica*, Buenos Aires: Centro de Investigaciones Sociales sobre el Estado y la Administración (CISEA).

Schvarzer, Jorge (1986): *La política económica de Martínez de Hoz*, Buenos Aires: Hyspamérica.

Schvarzer, Jorge (1990): „De l'apogée du Plan Austral au chaos hyperinflationniste“, in: *Problèmes d'Amérique Latine* 93, 33-49.

Scobie, James (1974): *Buenos Aires. Plaza to Suburb, 1870-1910*, New York: Oxford University Press.

Sidicaro, Ricardo (1985): „¿Es posible la democracia en la Argentina?“, in: Rouquié, Alain/Schvarzer, Jorge (Hrsg.): *¿Cómo renacen las democracias?*, Buenos Aires: Emecé Editores, 271-302.

Snow, Peter/Manzetti, Luigi (1993): *Political Forces in Argentina*, Westport, London: Praeger.

Spektorowsky, Alberto (1994): „The Ideological Origins of Right and Left Nationalism in Argentina, 1930-43“, in: *Journal of Contemporary History* 29, 155-184.

Thibaut, Bernhard (1997): „Parteiensystem und Regierbarkeit im argentinischen Präsidentialismus“, in: Sevilla, Rafael/Zimmerling, Ruth (Hrsg.): *Argentinien: Land der Peripherie?*, Unkel/Rhein, Bad Honnef: Horlemann, 137-156.

Torre, Juan Carlos/De Riz, Liliana (1991): „Argentina since 1946“, in: Bethell, Leslie (Hrsg.): *The Cambridge History of Latin America. Vol. VIII. Latin America since 1930. Spanish South America*, Cambridge, New York, Melbourne: University of Cambridge Press, 73-193.

Verón, Eliseo/Sigal, Silvia (1986): *Perón o muerte. Los fundamentos discursivos del fenómeno peronista*, Buenos Aires: Editorial Legasa.

Waldmann, Peter (1985a): „Argentinien: Schwellenland auf Dauer?“, in: Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Dritte Welt-Forschung. Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 113-134.

Waldmann, Peter (1985b): *El Peronismo 1943-1955*, Buenos Aires: Hyspamérica (Deutsche Originalausgabe bei Hoffman und Campe Verlag: Hamburg 1974).

Waldmann, Peter (1996a): „Anomie in Argentinien“, in: Nolte, Detlef/Werz, Nikolaus (Hrsg.): *Argentinien. Politik, Wirtschaft, Kultur und Außenbeziehungen*, Frankfurt am Main: Vervuert, 58-80.

Waldmann, Peter (1996b): „Argentinien“, in: Tobler, Hans Werner/Bernecker, Walther (Hrsg.): *Handbuch der Geschichte Lateinamerikas. Band 3. Lateinamerika im 20. Jahrhundert*, Stuttgart: Klett-Cotta, 889-972.